



## **Sitzungsniederschrift**

- Gremium : **Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität**
- Sitzungsort : **59302 Oelde, Betriebsgebäude der Kläranlage,  
Wiedenbrücker Straße 13**
- Sitzungstag : **Mittwoch, 02.04.2014**
- Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**
- Sitzungsende : **19:30 Uhr**

### **Vorsitz**

Frau Marita Bromann

### **Teilnehmer**

Herr André Drinkuth  
Herr Eugen Gette  
Herr Johannes-Heinrich Gresshoff  
Herr Peter Haferkemper  
Herr Peter Hellweg  
Herr Hubert Kobrink  
Herr Ludger Lücke  
Herr Christoph Mackel  
Herr Hubert Meyering  
Herr Holger Schramm  
Frau Manuela Steuer  
Herr Karl-Josef Strothmeier  
Herr Paul Tegelkämper  
Herr Siegfried Uthmann  
Herr Markus Westbrock

**Verwaltung**

Herr Bürgermeister Karl-Friedrich Knop  
Herr Matthias Abel  
Herr Andreas Langer  
Herr Heinz Becker  
Herr Hans Peter Mülders  
Herr Michael Link  
Herr Ralf Schlüter

**Schriftführerin**

Frau Petra Dieckmann

**Gäste**

Herr Knut Reimann

Tageszeitung "Die Glocke"

**Es fehlten entschuldigt:**

Frau Dr. Schneider  
Frau Lesting  
Herr Sibbing  
Herr Vennebusch  
Frau Krause

## Inhaltsverzeichnis

<b>Öffentliche Sitzung</b>	<b>Seite:</b>
1. Begehung des Betriebsgeländes und Information über die weitere Entwicklung im Bereich der Klärtechnik Vorlage: M 2014/661/2967	4 4
2. Befangenheitserklärungen	4
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.11.2013	4
4. Vorbereitende Studie Teil 1 Radverkehr in der Stadt Oelde Zusammenfassung Vorlage: B 2014/661/2955	5
5. Sachstand Altkleidersammlung Vorlage: M 2014/661/2952	7
6. Sachstand über die Einführung der Wertstofftonne Vorlage: M 2014/661/2953	9
7. Klimaschutzwochen im Kreis Warendorf Vorlage: M 2014/610/2976	11
8. Verschiedenes	12
8.1. Mitteilungen der Verwaltung	12
8.2. Anfragen an die Verwaltung	12

Vor Einstieg in die Tagesordnung fand für die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität eine Begehung der Kläranlage Oelde statt, in der insbesondere über die weitere Entwicklung im Bereich der Klärtechnik berichtet wurde.

Frau Brommann eröffnet um 18:15 Uhr die Sitzung des Ausschusses Umwelt, Energie und Mobilität und begrüßt den Bürgermeister Herrn Knop, den Technischen Beigeordneten Herrn Abel, die Ausschusmitglieder, die Verwaltungsmitarbeiter und Herrn Reimann von der Tageszeitung „Die Glocke“.

Zu der Sitzung wurde form- und fristgerecht eingeladen, der Ausschuss ist beschlussfähig und Anregungen zur Tagesordnung werden nicht abgegeben.

### **Öffentliche Sitzung**

- |  |
|--|
| <b>1. Begehung des Betriebsgeländes und Information über die weitere Entwicklung im Bereich der Klärtechnik<br/>Vorlage: M 2014/661/2967</b> |
|--|

#### **Sachverhalt:**

Es erfolgte vor der Ausschusssitzung ein Rundgang mit mündlichem Vortrag vom Klärwerksleiter Herrn Link und seinem Mitarbeiter Herrn Combrink.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität nimmt Kenntnis.

- |                                    |
|------------------------------------|
| <b>2. Befangenheitserklärungen</b> |
|------------------------------------|

Befangenheitserklärungen werden nicht abgegeben.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität nimmt Kenntnis.

- |   |
|---|
| <b>3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.11.2013</b> |
|---|

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität stimmt **mehrheitlich mit 1 Enthaltung** der Niederschrift vom 27.11.2013 zu.

**4. Vorbereitende Studie Teil 1  
Radverkehr in der Stadt Oelde  
Zusammenfassung  
Vorlage: B 2014/661/2955**

**Sachverhalt:**

Herr Abel erläutert:

„Im Rahmen einer Verkehrsstudie durch das Ingenieurbüro nts, Münster, wurde ein Teilkonzept Radverkehr – im weiteren Radverkehrskonzept genannt – aufgestellt.

In dem Radverkehrskonzept wurden die vorhandenen Radverkehrsanlagen untersucht, Unfallschwerpunkte identifiziert, bauliche Mängel aufgezeigt und Maßnahmen zur Verbesserung der Radfahrinfrastruktur vorgeschlagen.

Auf Basis der durchgeführten Analysen wird bei 15 Maßnahmen konkret empfohlen, die Mängel zu beseitigen, um zu einer Attraktivitätssteigerung des Radverkehrs in Oelde zu kommen. Die Maßnahmen sind über das Stadtgebiet Oelde verteilt. (siehe Anlage 1 Übersichtsplan)

Die 15 Maßnahmen sind detailliert in der Studie aufgeführt und auf den Seiten 16 - 31 dargestellt. Die Maßnahme 13 – Radweg an der L806 außerorts – wurde in 2013 überwiegend durch Straßen NRW umgesetzt. Der bauliche Anschluss an die Straße „Am Landhagen“ erfolgt mit dem Ausbau des Kreisverkehrs an dieser Einmündung.

In der Abb. 30 – Dringlichkeitsreihung, Anlage 2 - wird durch das Ingenieurbüro nts, Münster, ein Vorschlag zur Durchführung der Maßnahmen gemacht.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass von den 15 Maßnahmen maßgeblich nur 2 alleine durch die Stadt Oelde durchgeführt werden können. Alle anderen sind nur gemeinsam mit den Straßenbaulastträgern Straßen.NRW und dem Kreis Warendorf durchführbar.

Ebenso muss festgestellt werden, dass für die Umsetzung der Maßnahmen mit den Straßenbaulastträgern auch eine finanzielle Beteiligung der Stadt Oelde erforderlich ist, die bis zu 100 % der Kostenschätzung betragen kann.“

Herr Abel fügt hinzu, dass die Ziele gesetzt und die dargestellten Kosten grobe Schätzungen sind. Ob die eine oder andere Maßnahme förderfähig ist, ist noch unklar und muss geprüft werden. Herr Abel stellt einige Maßnahmen vor und erläutert diese.

Herr Tegelkämper fragt, ob es angedacht ist, den Lückenschluss vom Radweg Lette zum Ortseingangsschild Oelde durchzuführen?

Herr Abel antwortet, dass der Lückenschluss notwendig, aber ohne Grunderwerb nicht möglich ist. Aber die Stadt Oelde hat ein mündliches, positives Signal für die Förderung zum Bau des Kreisverkehrs an dieser Stelle bekommen und somit wird in absehbarer Zeit die Lücke geschlossen werden.

Herr Abel erläutert, dass der Kreisel Berliner Ring / Hohe Straße einen Unfallschwerpunkt darstellt. Ein Umbau mit getrennten Geh-/ Radwegen macht Grunderwerb notwendig.

Herr Mülders sagt, dass viele Unfälle in dem genannten Kreisel Richtung Rhedaer Straße direkt nach der DB-Brücke geschehen, aber aus welchem Grund, ist bislang nicht bekannt. Um die Radverkehrsführung zu ändern, müssen Gespräche mit dem Kreis Warendorf und dem Zuschussgeber aufgenommen werden. Der Wunsch ist es, die Radfahrer auf die Fahrbahn im Kreisel zu führen.

Weiter führt er aus, dass der Kreisel Zur Axt / Lindenstraße von den Unfallzahlen unauffällig ist, obwohl

es sich für die Radfahrer um die gleiche Verkehrsführung wie im Kreisverkehr an der Rhedaer Straße handelt.

Herr Abel teilt mit, dass es entlang der Warendorfer Straße vermehrt zu Unfällen mit Beteiligung von Radfahrern kommt. Um die Sicht der Verkehrsteilnehmer aufeinander zu verbessern, sollte der Verzicht auf einzelne Stellplätze geprüft werden.

Desweiteren sagt er, dass die Maßnahme „Wiedenbrücker Straße“ nicht notwendig ist, da diese durch den Neubau der Feuer- und Rettungswache zurückgestellt werden kann.

Herr Tegelkämper fragt, ob an der Wiedenbrücker Straße zwei Querungshilfen geplant sind?

Herr Abel antwortet, dass diese an der Wiedenbrücker Straße / Zur Axt vorgesehen ist. Diese wird als prioritär angesehen.

Herr Meyering fragt, ob es nicht sinnvoller ist, eine Querungshilfe auf Höhe der Sporthalle zu verlegen?

Herr Mülders antwortet, dass die Anlage der Querungshilfen wie geplant im Einmündungsbereich eine ordnungsgemäße Nutzung wahrscheinlicher machen.

Herr Hellweg merkt an, dass zwei Querungshilfen die Autofahrer überfordern und eine Querungshilfe für die Schüler ausreichen sollte.

Als nächstes erläutert Herr Abel die Problematik an der Bahnhofstraße/Poststraße, wo es schon mehrfach zu Beinaheunfällen kam. Eine Lösung gibt es bislang nicht, dieser Punkte werde weiterhin aufmerksam beobachtet.

Herr Kobrink bestätigt, dass er täglich einige Beinaheunfälle beobachtet. Hier sind für die Verkehrsteilnehmer die Vorfahrtsregeln unklar.

Herr Abel berichtet weiter, dass der „Erschließungsweg“ In der Geist und der Rad-und Fußweg an der Stromberger Straße in einem sehr schlechten Zustand und sanierungsbedürftig sind. Weiter sagt er, dass an der Lindenstraße Schutzstreifen für Radfahrer markiert werden sollen und an der Ennigerloher Straße ist zu überlegen, ob nicht einseitig der Parkstreifen entfällt und dafür ein Schutzstreifen markiert werden kann. Eine weitere Maßnahme ist der Lückenschluss für Radfahrer von der Letter Straße bis zur Straße Am Landhagen. Hier ist Grunderwerb notwendig. In Stromberg vom Kreuzweg bis zum Wiedenbrücker Tor fehlen an der B 61 Radwege, dieser Lückenschluss ist wünschenswert.

Herr Abel weist darauf hin, dass die hier aufgezeigten Kosten grobe Schätzungen sind.

Herr Gette fragt, um welche teure Maßnahme es sich handelt, die mit 715.000,00 € durchgeführt werden soll?

Herr Knop antwortet, dass es sich hier um den Kreisverkehr Warendorfer Straße / Ehemaliges Molkereigelände handelt.

Frau Brommann sagt, dass die Unfallschwerpunkte nochmal genauer betrachtet und die Planungen überarbeitet werden sollen. Weiter weist sie darauf hin, dass die Radwege oft zu schmal gebaut wurden und werden. Für Fußgänger und Radfahrer besteht ein höherer Bedarf an breiteren Fuß- und Radwegen.

Frau Steuer fragt, ob der CDU-Antrag bezüglich Berliner Ring / Zum Sundern hier als Maßnahme mit aufgenommen wurde?

Herr Abel verneint dies, da der CDU-Antrag im Planungsausschuss behandelt werden wird. Die Maßnahmen wurden aufgeteilt. Zu diesem Punkt führt er aus, dass viel Abkürzungsverkehr über den Lidl-Parkplatz entsteht, wenn zu viel Verkehrsaufkommen an der Einmündung Zum Sundern ist. Eine Lösung kann ein Minikreisel sein, in den der Radverkehr mit einfließt.

Herr Hellweg fragt, ob es nicht möglich ist, das Blumenbeet von Lidl gegen ein Schutzstreifen für Radfahrer auszutauschen?

Herr Mülders antwortet, dass es zu gefährlich ist, Radfahrer abrupt in den Verkehr einzufädeln. Er führt weiter aus, dass der Radverkehr langsam in den fließenden Verkehr eingefädelt werden muss. Es wird vermutlich eine sinnvolle Lösung gefunden und bittet um ein wenig Geduld.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität beauftragt die Verwaltung **einstimmig** die im Radverkehrskonzept aufgezeigten Maßnahmen zu vertiefen und entsprechend den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und in Abstimmung mit den anderen Straßenbaulastträgern Straßen.NRW und Kreis Warendorf umzusetzen.

## **5. Sachstand Altkleidersammlung Vorlage: M 2014/661/2952**

### **Sachverhalt:**

Herr Schlüter sagt:

„Gutes tun: Mit dieser vagen Vorstellung entsorgen viele Bürger und Bürgerinnen ihre abgelegten Jacken, Hosen und Schuhe in Altkleidercontainern. Bei bedürftigen Menschen landen die wenigsten Spenden, fast alles wird verkauft. Ein mitunter undurchsichtiges Millionengeschäft. Soziale Organisationen fürchten um eine traditionelle Einnahmequelle.

Wenn schon Bekleidungstextilien oder Haustextilien wegschmeißen, dann mit einem guten Gewissen: „Sankt-Martin-Mythos“ heißt der Effekt in der Branche. Damit lässt sich gutes Geld verdienen. Textilsortierfirmen zahlen 300 bis 500 Euro pro Tonne Altkleider. Rund 750.000 Tonnen werden in Deutschland jedes Jahr abgegeben, was den Sammlern – vorsichtig geschätzt – 225 Millionen Euro einbringt. 50.000 bis 70.000 Tonnen Altkleider werden noch über das Restabfallgefäß entsorgt.

Die Altkleider werden zu 2/3 händisch nachsortiert und zu 1/3 unsortiert als Original-Sammelware nach Osteuropa exportiert.

Bei der Sortierung entstehen:

- ca. 40% tragbare Gebrauchtkleider (Export nach Osteuropa und Afrika, sehr gute und modische Ware geht in den europäischen Markt)
- ca. 35% Rohstoff für die Putzlappenindustrie (Weiterverarbeitung in Maschinen- und Automobilindustrie)
- ca. 10% Rohstoff für die Vliesindustrie (Wiedereinsatz in Spinnereien und Webereien)
- ca. 5% Rohstoff für die Papierindustrie (z. B. für Dachpappen)
- ca. 10% Restabfall zur Entsorgung

Alttextilien sind ein weltweites Handelsgut. Der Marktpreis wird hier insbesondere durch den Preis für Primärfasern und die Preise für neue Kleidung (Neuware) bestimmt.

Es gibt deutliche Qualitätsunterschiede zwischen Stadtware und Ware aus ländlichen Regionen: So sind Altkleider aus Hamburg und München besonders begehrt, weil hochwertig.

Von der Sammlung profitieren natürlich auch soziale Organisationen, die mit dem Verkauf der gesammelten Kleidermassen ihre Angebote finanzieren. Sie geben natürlich auch weiterhin Kleider an Bedürftige weiter – in der Kleiderkammer finden sich aber in der Regel Einzelspenden, keine Containerware.

Das Geld lockt aber auch immer mehr kommerzielle Sammler, die ihre Altkleidercontainer illegal auf städtischen Containerstandorten aufstellen und einen sozialen Zweck vortäuschen. Oder dubiose Sammler verteilen Wäschekörbe an Wohnstraßen.

Das reformierte Kreislaufwirtschaftsgesetz (Juli 2012) hat jetzt den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern eine Kontrollmöglichkeit gegeben: Wer Altkleider sammeln will, muss dies bei den unteren Abfallwirtschaftsbehörden (Kreisen) anzeigen. Diese holen sich eine Stellungnahme der jeweiligen Kommune, in der Textilien gesammelt werden sollen, ein und prüft, ob die Sammelstellen oder Straßenzüge, Transportfahrzeuge, Verwertungswege und die Firma selbst alle Auflagen gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz erfüllen. Ist dies nicht der Fall, wird gegen den kommerziellen Sammler eine Untersagung ausgesprochen. In Oelde wurden bis heute 18 Stellungnahmen, sowohl von kommerziellen als auch von karikativen Sammlern, vom Kreis Warendorf eingefordert.

Werden in Oelde illegale Altkleidercontainer auf öffentlichen Grundstücken aufgestellt, so werden diese umgehend durch die Firma Horizonte abgeholt (sofern kein Besitzhinweis vorhanden ist) und auf deren Firmengelände zwischengelagert, bis sich der Eigentümer bei der Stadtverwaltung meldet. Nach einer Aufwandsentschädigung, die durch die Firma Horizonte festgelegt wurde, wird ihm der Altkleidercontainer dann wieder ausgehändigt. Dies scheint sich in der Branche herumgesprochen zu haben, denn seit mehreren Monaten werden illegale Altkleidercontainer nur noch auf privaten Geländen aufgestellt, hier ist der Einflussbereich durch die Stadt Oelde leider sehr begrenzt.

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schützt ausschließlich Altkleidersammlungen der Kommune oder Sammlungen im Auftrag der Kommune, die bereits durchgeführt werden oder konkret geplant sind. Da die Stadt Oelde nur die Flächen zur Aufstellung der Altkleidercontainer an Containerstandorten an soziale Organisationen vergeben hat, greift die gesetzliche Vorgabe hier leider nicht. Selbst eine jetzt, durch die Kommune durchgeführte Altkleidersammlung müsste laut gesetzlicher Vorgabe besser sein, als die von kommerziellen Sammlern, d. h. zum Beispiel eine „Vor Ort“ Entsorgung alle 8 Wochen. Vor dem Hintergrund, dass hier die Kosten höher sind als der wirtschaftliche Gewinn, zudem die karikativen Vereine diese Einnahmequelle verlieren, erscheint dies nicht sinnvoll. Ebenso ist eine Vergabe, also eine Sammlung im Auftrag der Kommune nicht ohne Risiko für soziale Vereine, da das Vergaberecht diese nicht schützt, können sich auch kommerzielle Sammler an der Ausschreibung beteiligen.

Der Kreis Gütersloh hat im November 2013 alle sozialen Organisationen, die Altkleider im Kreis Gütersloh sammeln, zusammen gebracht und eine gemeinsame Gesellschaft zur gemeinnützigen Altkleidersammlung gegründet. Diese soll einheitlicher Ansprechpartner für Kommunen und Kreis sein. Zudem wurde ein neues Siegel entworfen, das die Container der gemeinnützigen Verbände eindeutig kennzeichnet. Dies unterbindet aber nicht eine kommerzielle Sammlung.

Im Kreis Warendorf laufen seit Juli 2012 Gespräche mit den gemeinnützigen Sammlern. Hierbei stellte sich heraus, dass ein kreisweites, einheitliches Sammelsystem aufgrund der unterschiedlichen Strukturen der jeweiligen Sammler nur schwer umsetzbar sein wird. So sind insbesondere die Anforderungen an die Verwertung und auch die Sammelorganisation sehr unterschiedlich. Aus Sicht des Kreises ist es derzeit nicht möglich, ein gemeinsames kommunales Sammelsystem unter Einbeziehung aller gemeinnütziger Sammler aufzubauen.“

Herr Tegelkämper sagt, dass er weiß, dass es sich im Moment als schwierig erweist, eine kreisweite Lösung für dieses Problem zu finden. Er fragt, ob Illegal, aufgestellte Container abgeholt werden?



Herr Schlüter bejaht dies und führt weiter aus, dass Horizonte die illegal aufgestellten Container sicherstellt und verwahrt. Wenn allerdings Container auf Privatflächen abgestellt werden, hat die Stadt keinerlei Rechte diese zu entfernen.

Herr Mackel sagt, dass die Altkleidercontainer abgeschafft werden sollen, da der Großteil der Altkleider über Italien nach Afrika und dort auf Märkten verkauft werden. Er sagt, dass dies den Markt in Afrika stört.

Herr Meyering sagt, dass die Menschen in Afrika diese Altkleider benötigen, um zu überleben. Diese Märkte leben von den Altkleidern.

Frau Brommann sagt, dass sie beide Recht haben. Sie führt weiter aus, dass die Altkleider einerseits in Afrika gebraucht werden, aber andererseits die Marktwirtschaft stören. Und deshalb sollte man seine Altkleider den karikativen Verbänden überlassen. Oelde alleine kann das Problem allerdings nicht lösen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **6. Sachstand über die Einführung der Wertstofftonne Vorlage: M 2014/661/2953**

### **Sachverhalt:**

Herr Schlüter teilt mit:

„Aus dem INFA-Gutachten „Grundlagenuntersuchung für zukunftsweisende Synergien durch Harmonisierung der Abfallwirtschaft im Kreis Warendorf“ aus Februar 2013 lässt sich entnehmen, dass die Einführung einer Wertstofftonne für den Kreis Warendorf, besonders unter dem Gesichtspunkt „Kostenbetrachtungen“ berücksichtigt wurde. Ergebnis war eine Entgelterhöhung um 2 – 3 € je Einwohner und Jahr. Kalkulationsgrundlage war ein 240 Liter Gefäß bei 4-wöchiger Abfuhr. In der anschließenden Bürgermeisterkonferenz wurde das INFA-Gutachten vorgestellt und die Bürgermeister beauftragten die Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf (AWG), die Einführung einer Wertstofftonne zum 01.01.2016 zu prüfen.“

In der Sitzung der Bürgermeisterkonferenz vom 14.02.2014 stellte Herr Grundmann, Geschäftsführer der AWG vor, wie eine mögliche Wertstofftonne im Kreis Warendorf eingeführt werden könnte.

Grundsätzlich wird eine einheitliche Lösung von allen Kommunen im Kreis Warendorf angestrebt. Voraussetzung ist eine Übertragung der Aufgabe von Sammlung und Transport von Wertstoffen aus dem Restabfall auf den Kreis Warendorf, damit dieser für alle Kommunen mit den Systembetreibern des Dualen Systems Verhandlungen aufnehmen kann.

Eigentümer der Sammelbehälter soll die AWG werden, damit bei einem Entsorgerwechsel keine unnötigen Behältertauschprobleme auftauchen. Allein diese Verhandlungen werden bei den 10 Systembetreibern zu erheblichen Diskussionsbedarf führen, da sich nach den letzten Analysen aus Versuchsgebieten für Wertstofftonnen ca. 80 % Verpackungsmaterial und nur ca. 20 % Wertstoffe aus dem Restabfall in einer Wertstofftonne befinden.

Es wurden drei mögliche Varianten vorgestellt:

1. Die Kommunen überlassen den Wertstoffanteil aus dem Restabfall den Dualen Systembetreibern und zahlen einen Preis pro Tonne für Erfassung, Sortierung und Verwertung.

2. Die Kommunen übernehmen den Wertstoffanteil aus dem Restabfall selbst und beteiligen sich zu 20 % an den Erfassungskosten der Dualen Systembetreibern, Sortierung und Verwertung werden von den Kommunen bzw. der AWG selbst durchgeführt.
3. Die Kommunen übernehmen die Gesamtverantwortung für den Wertstoffanteil aus dem Restabfall. Erfassung, Sortierung und Verwertung werden von den Kommunen bzw. der AWG selbst durchgeführt.

Bei der anschließenden Diskussion bat der Vorsitzende der Bürgermeisterkonferenz darum, den möglichen Umsetzungstermin zur Einführung einer Wertstofftonne in den einzelnen Kommunen nachzugehen und ihm dieses zeitnah mitzuteilen, damit die Arbeitsgruppe Abfallwirtschaft weiter an der Umsetzung dieses Tagesordnungspunktes arbeiten kann.

Seit Ende Februar 2014 belastet ein zusätzliches Problem die Einführung einer Wertstofftonne, der größte Systembetreiber „Duale System Deutschland GmbH“ mit ca. 50 % Marktanteil, hat die Verträge mit der „Clearingstelle duale Systeme“ außerordentlich gekündigt.

Die Clearingstelle duale Systeme ermittelt die Marktanteile aller zugelassenen dualen Systeme in Deutschland. Daraus errechnet sie, wie groß der Anteil an den gesammelten Verpackungen ist, den der jeweilige Systembetreiber zu übernehmen hat. Hier hat sich zwar die Gesamtmenge der Verpackungen (ca. 2 Millionen Tonnen im Jahr) nicht geändert, aber die dafür eingenommenen Beteiligungsentgelte seien um mehr als 350 Millionen Euro zurückgegangen. Grund dafür sind, laut Duale System Deutschland GmbH, Schlupflöcher (Branchenlösungen und Eigenrücknahmen) im System.

Da es für den Verbraucher unverständlich ist, dass Kunststoffverpackungen in den „Gelben Sack“ gehören, Gebrauchsgegenstände aus dem Haushalt, wie z. B. der Plastikblumentopf aber nicht, ist die Einführung der Wertstofftonne, in der alle verwertbaren Materialien aus Restabfall und „Gelber Sack“ kommen, sinnvoll. Ebenfalls ist der geplante Einführungstermin, 01.01.2016 anzustreben, da hier die Verträge zwischen den Systembetreibern, Transportunternehmen und Verwertern auslaufen. Auch der Wechsel vom Sack auf ein stabiles Entsorgungsgefäß, in dem auch schwere Metallteile, wie Pfanne oder Topf, kommen ohne das dieser gleich kaputt geht, ist gut.

Da bei der Einführung einer solchen Wertstofftonne sowohl öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (Kommunen und Kreise) als auch die 10 Systembetreiber miteinander verhandeln müssen, jeder aber die „Regie“ über diese Wertstofftonne haben möchte, werden sich diese Vertragsverhandlungen als sehr schwierig erweisen.

Eine andere Lösung wäre z. B. „Grau in Gelb“, das heißt der „Gelbe Sack“ würde komplett wieder im Restabfallgefäß landen und die ohnehin eingesetzten Sortieranlagen würden diese Menge, sowohl manuell als auch maschinell, trennen und einer Wiederverwertung zuführen. In den Niederlanden wird dies schon mit sehr großem Erfolg getan, leider ist dies bei uns so nicht möglich, da der Gesetzgeber hier eine Trennung von Abfällen und Wertstoffen schon „vor Ort“ festgeschrieben hat und Zuständigkeiten von privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlicher Interessen aufeinander stoßen.“

Herr Meier-Gresshoff fragt, welche Abfälle denn in den Gelben Sack kommen? Kommen die Abfälle am Ende nicht so oder so alle zusammen?

Herr Schlüter antwortet, dass es technisch gesehen möglich ist, den gesamten Abfall mit Hilfe der Sortieranlagen zu sortieren, gesetzlich aber nicht durchsetzbar.

Herr Tegelkämper sagt, dass ihm die Materie bekannt ist und die Einführung einer Wertstofftonne durchgeführt werden sollte.

Herr Hellweg sagt, dass die Wertstofftonne in Herzebrock-Clarholz bereits eingeführt wurde. Er fragt, wie das möglich ist?

Herr Schlüter antwortet, dass es sich hierbei um keine Wertstofftonne sondern um den „Gelben Sack“ handelt der in einer „Tonne“ und nicht wie im Kreis Warendorf, in Säcken gesammelt wird. Eine Wertstofftonne ist auch im Kreis Gütersloh noch nicht eingeführt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<p><b>7. Klimaschutzwochen im Kreis Warendorf</b>  <b>Vorlage: M 2014/610/2976</b></p>
--

**Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept 2015+**

**Ja**

**Maßnahme / Fortschreibung aus SEK 2015+ zu Projekt Nr.: N 1-3 von Seite 139**

**Sachverhalt:**

Herr Abel berichtet:

„Der Kreis Warendorf und der Großteil dessen Kommunen beabsichtigen, im Zeitraum vom 01.09.2014 bis zum 14.09.2014 gemeinsame Klimaschutzwochen auszurichten. In diesem Rahmen sollen die Themen Klima- und Umweltschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien durch Veranstaltungen und Aktionen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden.“

Ziel der Kooperation zwischen den Kommunen und dem Kreis ist es, ein vielseitiges und umfassendes Veranstaltungsangebot zusammenzustellen. Dieses vor Ort in den beteiligten Kommunen stattfindende Programm wird mithilfe des Kreises Warendorf koordiniert und kommuniziert. Als Mitglied der vom Klimaschutzmanager des Kreises Warendorf einberufenen „Arbeitsgruppe Klimaschutz“ hat die Stadtverwaltung Oelde beschlossen, die Klimaschutzwochen mit Veranstaltungsbeiträgen aus Oelde zu unterstützen. Die Lokale-Agenda-Gruppe Oelde hat ebenfalls ihre Mitarbeit zugesagt.

Zur Planung der Oelder Programmbeiträge haben die Lokale-Agenda-Gruppe Oelde und die Stadtverwaltung Oelde am 27.03.2014 einen gemeinsamen Abstimmungstermin angesetzt, zu dem gezielt Vertreter aus Vereinen, Institutionen und der Wirtschaft eingeladen wurden.“

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## 8. Verschiedenes

### 8.1. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Abel sagt, dass für die Auslobung des Klimaschutzpreises vier Bewerbungen vorliegen. Nun wird der Preis unter den Bewerbern mit Hilfe der EVO als Jurymitglied auserwählt.

Desweiteren gibt Herr Abel noch eine Information zur Einmündung „Zum Sundern“. Das Verkehrsaufkommen ist zwischen 16 - 18 Uhr am stärksten, welches zum Stau an dieser Stelle führt. Hier ist ein Minikreislauf möglich, aber es wird mit einem zähen Prozess bis zur Umsetzung gerechnet, da die Stadt nicht Straßenbaulastträger ist.

Herr Drinkuth fügt hinzu, dass das Busunternehmen David Reisen, welches an der Straße „Zum Sundern“ angesiedelt ist, enorme Probleme mit den Bussen bei der Einfahrt in den Minikreislauf haben wird.

### 8.2. Anfragen an die Verwaltung

Frau Brommann lässt in der letzten Sitzung der Wahlperiode 2009-2014 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität die wesentlichen Themen Revue passieren:

#### „Eine kurze Zusammenfassung zur Effizienz des Ausschusses

1. Die wesentlichen Themen waren:

Seit 2010 haben wir die neue **Energiecontrolling Software** eingeführt. Dies ist ein wichtiges Werkzeug zur Optimierung der Energieverbräuche und der Kostenkontrolle. Im Ausschuss gab es einen jährlichen Bericht.

**European Energy Award:** Trotz mehrjähriger Diskussion fanden sich hier keine Mehrheiten. Oelde bleibt die letzte Kommune im Kreis, die sich den Standards der Qualitätssicherung nicht anschließt.

Das **Fifty Fifty Schulprojekt** wurde beschlossen. Schulen werden zur Energieeinsparung animiert.

Die Umrüstung der **Straßenbeleuchtung auf LED Technologie** ist seit 2010 Thema, aber noch in der Erkundungsphase. Dieses gilt es weiter zu begleiten.

Durch das Konjunkturpaket II wurde die **Fassadensanierung Hallenbad und diverse Schulsanierungen** durchgeführt mit guten Werten bezüglich der Energieeffizienz.

Energiequelle Wallhecke: Ein **Heckenkataster** wird erstellt. Der Kreis Warendorf nutzt diese Quelle bereits heute. Oelde könnte sich hier noch anschließen.

**Baumschutz:** Die Linden an der Straße Zur Dicken Linde wurden nach eingehender Diskussion erhalten.

Abfall: Vermeidungs- und Verwertungsstrategien zur **Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises** wurde informiert und diverse Beschlüsse gefasst.

Umweltfreundliche Mobilität: Die **Radmobilität** im innerstädtischen Raum war Thema. Weitreichende

Verbesserungen wurden eingeführt, die zu mehr Sicherheit auf Oelder Radwegen führten. Das Thema muss fortgesetzt werden!

Nutzung der **Geothermie** in Oelde: Hier hat die EVO entsprechend informiert, im Rahmen der Machbarkeitsstudie zur Nahwärmenutzung.

Das **BHKW am Standort Marienhospital** wurde aufgrund des Konzeptes in 2013 realisiert. Ein sichtbarer - und energietechnisch spürbarer Erfolg.

Der **Umwelt- und Klimaschutzpreis** wurde eingeführt.

Einführung **Kommunaler Steckbrief**: Dadurch können Fortschritte zum Klimaschutz dokumentiert werden. Die Basis für das Klimaschutzkonzept wurde durch die Einführung des Steckbriefes gelegt.

**Windenergienutzung**: Seit 2011 lief die Diskussion zu den machbaren Suchräumen. Der Regionalplan des Landes NRW beauftragt uns weiterhin sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Die **Verkehrsstudie** wurde 2013 erstellt. Mit dem Schwerpunkt Radverkehrsinfrastruktur in Oelde. Die Studie liegt jetzt zur Umsetzung bereit und muss weiterhin begleitet werden.

Hauptthema 2013: Entwicklung des **Klimaschutzkonzeptes**. Mit dem Klimaschutzkonzept wurde die entscheidende Grundlage zur Oelder Klimaschutzpolitik gelegt. Das vereinbarte Ziel der CO<sub>2</sub> Reduzierung um 17% verlangt nach kontinuierlicher Diskussion und Umsetzung von Maßnahmen. Die Integration des Klimaschutzmanagers in diesen Ausschuss ist von elementarer Wichtigkeit, wenn wir das Thema Klimaschutz ernst nehmen.

## 2. Zusammenfassung

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität hat die Basisarbeit für die Umwelt- und Energiepolitik gemacht. Aus heutiger Sicht und mit Blick auf die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes, müssen neue Strategien entwickelt werden. Hier ist Politik, Verwaltung und der Bürger gefordert. Zur Weiterentwicklung dieses angestoßenen Prozesses muss der Rat der Stadt Oelde einen entsprechenden Rahmen zur Verfügung stellen, damit sich Ideen und notwendige Umsetzungsprozesse diskutieren lassen. Das lässt sich aufgrund der heute vorliegenden Erfahrung nur durch einen gesonderten Ausschuss gewährleisten. Diese Anregung möchte ich Ihnen für die kommende Wahlperiode ans Herz legen.

Ich möchte mich bei Ihnen an dieser Stelle für die konstruktive Mitarbeit in den vergangenen 5 Jahren bedanken!

Vielen Dank“

Herr Tegelkämper fragt, ob es nicht möglich ist, die Biotonnen im Oelder Stadtgebiet in den Sommermonaten wöchentlich zu entleeren? Er hat schon des Öfteren Beschwerden von Bürgern über die Geruchsbelästigung der Biotonnen bei 14-tägiger Leerung vernommen.

Herr Schlüter antwortet, dass dies nicht möglich ist, da keine Kontingente frei sind und dies außerdem zu einer enormen Kostensteigerung führen würde.

Herr Mülders gibt den Hinweis, dass die Bürger den Bioabfall stets mit Zeitungspapier einwickeln und in die Biotonne werfen sollten, um so der Geruchsbelästigung entgegen zu wirken.

Herr Mackel sagt, dass die Bürger der Lindenstraße und In der Geist oft eine 2. Biotonne für das Laub

der städtischen Bäume benötigen. Er fragt, welche Möglichkeiten die Bürger haben?

Herr Schlüter sagt, dass die Stadt für das Laub der städtischen Bäume zusätzliche Biotonnen kostenneutral zur Verfügung stellt und eine andere Möglichkeit ist, das Laub im Herbst kostenneutral zum Wertstoffhof Oelde zu bringen.

Herr Abel sagt, dass geprüft wird, ob die Möglichkeit für die Aufstellung von Sammelkörben in wenigen, bestimmten Straßen in den Herbstmonaten besteht, so dass die Bürger keine Transportwege haben.

Herr Schlüter antwortet, dass dies möglich ist, aber ebenfalls mit einer Kostensteigerung für alle Bürger/innen in Oelde im Bereich Abfallwirtschaft verbunden ist.

Herr Kobrink fragt, ob der Baubetriebshof keine Absauggeräte hat, mit denen Laubhaufen aufgesaugt und auf einen LKW abgelassen werden könnten? Er sagt, dass das der beste Service für ältere Menschen wäre.

Herr Abel sagt, dass dieser Vorschlag geprüft wird.